

1490/J XXI.GP
Eingelangt am: 15.11.2000

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Sonderstatus für Bundeswohnungsgesellschaften

Der Verkauf bundeseigener Wohnungen gilt als wesentlicher Beitrag zur Senkung
des Budgetdefizits.

Nachdem im Budgetbegleitgesetz Artikel 87 eine Änderung des WGG vorgesehen
ist, besteht die Gefahr, dass es insgesamt zu erheblichen Änderungen im Bereich
der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften kommt. Den Anfragenden liegt eine
Information vor, dass Gutachten in Auftrag gegeben wurden, um zu prüfen, ob ein
Sonderstatus für Bundeswohnungsgesellschaften möglich ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Überlegungen gibt es hierzu?
2. Was sagen die Gutachten aus?
3. Ist es richtig, dass seitens des zuständigen Beamten, des Finanzministeriums,
dem eine Nähe zur FPÖ zugesprochen wird, Überlegungen vorliegen, die fünf
Bundeswohnungsgesellschaften gänzlich "sonderzubehandeln" (eine
Ausnahme vom WGG zu bewirken)?
4. Ist beabsichtigt, noch vor der zweiten Lesung der Budgetbegleitgesetze einen
Abänderungsantrag Budgetbegleitgesetz Artikel 87 einzubringen, wodurch eine
Sonderregelung für die Bundeswohnungsgesellschaften angestrebt wird?
5. Ist beabsichtigt, diese Bundeswohnungsgesellschaften gesondert zu
verkaufen?

6. Gibt es dazu Vorkontakte und Angebote z.B. mit oder von dem japanischen Konzern NOMURA oder sonstigen Liegenschaftsinvestoren?
7. Welche Institutionen oder politische Parteien würden Ihrer Ansicht nach von einer Lockerung der Verkaufsregelungen der Bundeswohnungsgenossenschaften oder sonstiger Gemeinnütziger Genossenschaften profitieren können?